

Elfte Verordnung zur Änderung der Kommunalwahlordnung Vom

Aufgrund des § 68 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 197), zuletzt geändert durch Gesetz vom **xx. März 2025** (GVBl. 2025 Nr. **xx**) verordnet der Hessische Minister des Innern, für Sicherheit und Heimat-schutz:

Artikel 1 Änderung der Kommunalwahlordnung

Die Kommunalwahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. März 2000 (GVBl. I S. 198), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Februar 2024 (GVBl. 2024 Nr. 8) wird wie folgt geändert:

1. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Abs. 4 wird folgender Abs. 5 eingefügt:

„(5) Auf Antrag sind in das Wählerverzeichnis Wahlberechtigte einzutragen, die am Stichtag ihren dauernden Aufenthalt im Wahlkreis haben, ohne eine Wohnung inne zu haben, §§ 30 Abs. 2, 86 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom **x. März 2025 (GVBl. 2025 S. x)**; § 22 Abs. 2 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom **x. März 2025 (GVBl. 2025 S. x)**.“
 - b) Die bisherigen Abs. 5 und 6 werden die Abs. 6 und 7.
2. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs.1 Satz 2 wird nach dem Wort „Mitteilung“ die Angabe „, die äußerlich erkennbar als amtliche Wahlunterlage zu kennzeichnen ist,“ eingefügt.
 - b) In Abs. 1 Satz 3 wird die Angabe „oder 5“ durch „bis 6“ ersetzt.
3. In § 12 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Gemeindeverwaltung“ die Wörter „an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl“ eingefügt.
4. In § 13 Abs. 4 Satz 2 wird der Punkt durch die Angabe „; Abs. 1 Satz 3 gilt entsprechend.“ ersetzt.
5. In § 14 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „und 5“ durch „bis 6“ ersetzt.
6. § 17 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Abs. 4 wird folgender Abs. 5 eingefügt:

„(5) Bei Wahlberechtigten, die nach § 9 Abs. 5 nur auf Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragen werden, gilt der Antrag zugleich als Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines, es sei denn, der Wahlberechtigte will vor dem Wahlvorstand seines Wahlbezirks wählen.“

b) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 6.

7. § 18 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 4 Satz 1 werden nach dem Wort „werden“ die Wörter „äußerlich erkennbar als amtliche Wahlunterlagen gekennzeichnet und“ eingefügt.

b) In Abs. 8 wird Satz 1 gestrichen und im neuen Satz 1 werden nach dem Wort „ist“ die Wörter „oder er ihn verloren hat“ eingefügt.

8. In § 22 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 wird die Angabe „§ 32 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786), und nach § 23 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 786),“ durch die Angabe „§ 32 der Hessischen Gemeindeordnung und nach § 23 der Hessischen Landkreisordnung“ ersetzt.

9. § 23 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 Nr. 2 wird die Angabe „den Zusatz “Frau“ oder “Herr“,“ gestrichen.

b) In Satz 2 Nr. 3 werden die Angaben „oder die eingetragenen Ordens- oder Künstlernamen der Bewerber,“ gestrichen und die Angabe „3 Nr. 3 oder 4“ durch die Angabe „4 Nr. 3“ ersetzt.

c) Es wird folgender Satz angefügt:

„Der Wahlvorschlag soll ferner die Telefonnummer und E-Mail-Adresse der Vertrauensperson und ihres Stellvertreters enthalten.“

10. In § 25 Abs. 4 Satz 2 werden die Wörter „der Wahlvorschläge“ durch „oder mehreren Wahlvorschlägen“ ersetzt.

11. § 26 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Nr. 2 wird die Angabe „3 Nr. 5“ durch „4 Nr. 4“ und das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

b) Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. statt der Anschrift nur der Wohnort (Ort der Hauptwohnung) und“.

c) Es wird folgende Nr. 4 angefügt:

„4. im Falle eines Nachweises nach § 15 Abs. 5 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes statt des Wohnortes der Ort der Erreichbarkeitsanschrift“.

12. Dem § 27 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Zur Verwendung von Stimmzettelschablonen wird die rechte obere Ecke des Stimmzettels gelocht oder abgeschnitten. Muster der Stimmzettel werden unverzüglich nach ihrer Fertigstellung den Blindenvereinen, die ihre Bereitschaft zur Herstellung von Stimmzettelschablonen erklärt haben, zur Verfügung gestellt.“

13. § 54 wird wie folgt geändert:

- a) Dem § 54 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Im Falle einer Nachzählung von Stimmzetteln macht der Wahlleiter die Nachzählung durch Aushang am oder im Eingang des Sitzungsgebäudes bekannt. Dabei ist die Nummer des Wahlbezirks der nachzuzählenden Stimmzettel anzugeben und auf die Öffentlichkeit der Nachzählung hinzuweisen. Die Wahl Niederschrift des Wahlvorstands des betroffenen Wahlbezirks und die Niederschrift über die Prüfung der Stimmzettelbündel legt der Wahlleiter dem Wahlausschuss vor.“
- b) In Abs. 2 Satz 2 Nr. 7 werden das Semikolon sowie die Angaben ‚den Namen kann der Zusatz "Frau" oder "Herr" hinzugefügt werden‘ gestrichen.
14. In § 55 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „und 3“ gestrichen.
15. § 59 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird der folgende Abs. 4 eingefügt:
- Wahlvorschläge können geändert werden, wenn sich dies aus der Wahlprüfungsentscheidung ergibt oder wenn ein Bewerber gestorben oder nicht mehr wählbar ist. Eine Änderung der Wahlvorschläge ist außerdem möglich bei:
1. Änderungen des Namens einer Partei oder Wählergruppe,
 2. Änderungen der Kurzbezeichnung einer Partei oder Wählergruppe, wenn eine solche verwendet,
 3. Änderungen des Namens eines Bewerbers,
 4. einem zwischenzeitlich eingetragenen Doktorgrad (§ 5 Absatz 2 Nummer 3 des Personalausweisgesetzes, § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 des Passgesetzes) und
 5. einem zwischenzeitlich eingetragenen Ordens- oder Künstlernamen (§ 5 Absatz 2 Nummer 12 des Personalausweisgesetzes, § 4 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 des Passgesetzes).
- Über die Zulässigkeit von Änderungen nach den Sätzen 1 und 2 beschließt der zuständige Wahlausschuss.
- b) Die bisherigen Abs. 5 und 6 werden die Abs. 6 und 7.
16. In § 88 Abs. 1 Satz 1 werden das Semikolon sowie die Angabe „ist für die Ausländerbeiratswahl eine Briefwahl nach § 58 Satz 2 des Gesetzes nicht vorgesehen, wird für diese Wahl ein getrennter Wahlschein ausgestellt“ gestrichen.
17. § 108 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 6 werden nach dem Wort „zugegangene“ die Wörter „oder verlorene“ eingefügt sowie das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
- b) In Nr. 7 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
- c) Es wird folgende Nr. 8 angefügt:
- „8. § 95 Abs. 3 Nr. 5 keine Anwendung findet, wenn von der Möglichkeit der Mitbenutzung der Wahlbriefumschläge der Bundestagswahl nach § 45 Abs. 4 Satz 2 der Bundeswahlordnung Gebrauch gemacht wird.“
18. § 109 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 6 werden nach dem Wort „zugegangene“ die Wörter „oder verlorene“ eingefügt sowie das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
- b) In Nr. 7 wird der Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
- c) Es wird folgende Nr. 8 angefügt:

„8. § 95 Abs. 3 Nr. 5 keine Anwendung findet, wenn von der Möglichkeit der Mitbenutzung der Wahlbriefumschläge der Europawahl nach § 38 Abs. 4 Satz 2 der Europawahlordnung Gebrauch gemacht wird.“

19. § 110a wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 1 wird die Angabe „§ 1 Abs. 8 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes vom 3. Mai 2018 (GVBl. S. 82), geändert durch Gesetz vom 12. September 2018 (GVBl. S. 570), in Verbindung mit“ gestrichen.
- b) In den Abs. 2 bis 4 wird jeweils die Angabe „§ 1 Abs. 8 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes in Verbindung mit“ gestrichen.
- c) Es wird der folgende Abs. 5 angefügt:

„Hinsichtlich der Ansprüche nach Artikel 15 Absatz 1 und Absatz 3, Artikel 16 und Artikel 18 sowie Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 gegenüber den Wahlorganen nach § 4 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes gelten die Absätze 1 bis 4 entsprechend.“

20. In § 114 Abs. 2 werden die Wörter „und im Internet veröffentlicht“ gestrichen.

Artikel 2 **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Die Verordnung dient im Wesentlichen der Anpassung der Kommunalwahlordnung (KWO) an Änderungen der Bundeswahlordnung (BWO), der Europawahlordnung (EuWO) und an die kommunalwahlrechtlichen Änderungen durch das Gesetz zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungskörperschaften und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom **x. März 2025** (GVBl. 2025, Nr. **x**).

Bei den Änderungen handelt es sich insbesondere um Harmonisierungen mit dem Bundes- und Europawahlrecht. Die BWO wurde zuletzt durch die Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 12. September 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 283) geändert, die EuWO zuletzt durch die Siebte Verordnung zur Änderung der Europawahlordnung vom 2. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 19). Unter anderem sieht das Bundes- und Europawahlrecht vor, dass bei der öffentlichen Bekanntmachung der Wahlvorschläge nicht mehr die Anschrift der Bewerber, sondern nur noch deren Wohnort angegeben wird, um einen möglichen Missbrauch der persönlichen Daten zu vermeiden. Diese Änderungen sollen im Kommunalwahlrecht nachvollzogen werden.

Die Verordnung sieht weitere Anpassungen vor, die auf Grund von Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung, der Hessischen Landkreisordnung und des Hessischen Kommunalwahlgesetzes durch die eingangs genannte Kommunalrechtsnovelle notwendig geworden sind. Der Anpassungsbedarf betrifft insbesondere die Einführung eines aktiven und passiven Wahlrechts für Menschen ohne festen Wohnsitz, aber mit dauerndem Aufenthalt im jeweiligen Wahlkreis.

Schließlich nimmt die Verordnung weiteren Änderungsbedarf auf, der auf Grund von Rechtsänderungen, der Rechtsprechung oder wahlpraktischen Bedürfnissen und Erfahrungen entstanden ist.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Art. 1 (Änderung der Kommunalwahlordnung)

Zu Nr. 1 (§ 9 KWO)

Die Regelung wird an die geänderten Vorschriften des §§ 30 Abs. 2, 86 Abs. 2 HGO sowie § 22 HKO angepasst. Danach ist nun auch wahlberechtigt (bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen), wer keinen Wohnsitz, aber seit mindestens sechs Wochen vor dem Wahltag seinen dauerhaften Aufenthalt in der Gemeinde bzw. im Landkreis hat. In der Folge wird in § 9 eine Regelung hinsichtlich des Antrags wohnungsloser Menschen auf die Eintragung in das Wählerverzeichnis aufgenommen. Die Änderung stellt auch eine Harmonisierung mit den Vorschriften der LWO (§ 5) und BWO (§ 16) dar, die bereits vergleichbare Regelungen enthalten.

Als redaktionelle Folgeänderung wird auf die Hessische Gemeindeordnung und die Hessische Landkreisordnung in der jeweiligen Fassung der Bekanntmachung und den Änderungsstand Bezug genommen und die Absatznummerierung angepasst.

Zu Nr. 2 (§ 10 KWO)

Die Änderung dient der Harmonisierung mit § 19 BWO n.F. Die Modernisierung des Postrechts führt zu grundsätzlich verlängerten Postlaufzeiten. Äußerlich als Wahlunterlagen gekennzeichnete Wahlbenachrichtigungen werden auch nach Modernisierung des Postrechts bis zum zweiten auf den Einlieferungstag folgenden Werktag zugestellt. Zur Sicherung der zügigen Postlaufzeiten wird deren Kennzeichnung hier geregelt.

Weiterhin wird in dem Verweis auf § 9 die Bezeichnung der Absätze angepasst. Diesbezüglich wird auf die Begründung zu Nr. 1 verwiesen.

Zu Nr. 3 (§ 12 KWO)

Zur Klarstellung wird die Einsichtsfrist nach § 8 Abs. 2 KWG (vom 20. bis einschließlich 16. Tag vor der Wahl) hier ausdrücklich benannt. Dies dient auch der Harmonisierung mit § 21 BWO.

Zu Nr. 4 (§ 13 KWO)

Die Änderung entspricht der Änderung in § 22 Abs. 5 Satz 2 BWO. Ein Wahlberechtigter mit Behinderungen kann sich der Hilfe einer anderen Person bedienen, wenn er mit einer Beschwerde gegen die Entscheidung des Gemeindevorstands über den Einspruch gegen das Wählerverzeichnis vorgehen möchten.

Zu Nr. 5 (§ 14 KWO)

In dem Verweis auf § 9 wird die Bezeichnung der Absätze angepasst.

Zu Nr. 6 (§ 17 KWO)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nr. 1, auf die dortige Begründung wird verwiesen. Der Wortlaut entspricht dem des § 27 Abs. 5 BWO, sodass das Antragsverfahren auf Eintragung in das Wählerverzeichnis für Menschen ohne festen Wohnsitz mit dem Bundesrecht harmonisiert wird. Die Regelung dient weiter der Entlastung und Entbürokratisierung, indem der Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis durch Wohnsitzlose zugleich einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines darstellt.

Als Folgeänderung wird die Nummerierung der Absätze angepasst.

Zu Nr. 7 (§ 18 KWO)

Hinsichtlich Buchst. a) wird auf die Begründung zu Nr. 2 verwiesen. Die Änderung durch Buchst. b) entspricht der Änderung des § 28 Abs. 10 BWO. Nach der derzeitigen Fassung des § 18 Absatz 8 Satz 1 werden verlorene Wahlscheine nicht ersetzt. Ein neuer Wahlschein kann gemäß § 18 Absatz 8 Satz 2 bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, nur dann erteilt werden, wenn ein Wahlberechtigter glaubhaft versichert, dass ihm der beantragte Wahlschein nicht zugegangen ist. Mit der Regelung, wonach verlorene Wahlscheine nicht ersetzt werden, soll die Möglichkeit einer missbräuchlichen „Doppelwahl“ ausgeschlossen werden. Der Bürger trägt zwar die Verantwortung dafür, seinen Wahlschein gut aufzubewahren und so sein Recht zur Wahlausübung zu erhalten. Andererseits stellt es aber einen erheblichen Eingriff in das Wahlrecht dar, wenn einem Wahlberechtigten bei Verlust des Wahlscheins (insbesondere, wenn dieser unverschuldet verloren gegangen oder anderweitig abhandengekommen ist, z.B. durch Entwendung durch unberechtigte Dritte oder Naturkatastrophen) die Möglichkeit genommen wird, das Wahlrecht auszuüben. Die bestehende Regelung zum Umgang mit verlorenen Wahlscheinen stammt aus einer Zeit, in der die Wählerverzeichnisse noch nicht elektronisch erstellt und geführt worden sind. Durch die elektronische Führung der Wählerverzeichnisse lassen sich mittlerweile auch noch sehr kurzfristig Aktualisierungen vornehmen und Korrekturen anbringen. Dem Risiko einer missbräuchlichen Doppelwahl kann ebenso dadurch begegnet werden, dass als verloren gemeldete Wahlscheine für ungültig erklärt werden und dem Wahlberechtigten ein neuer Wahlschein erteilt wird. Die Gefahr einer doppelten Stimmabgabe besteht nicht, da die Gemeinden neben dem Wählerverzeichnis auch über die für ungültig erklärten Wahlscheine Verzeichnisse führen, in die der Name des Wahlberechtigten und die Nummer des für ungültig erklärten Wahlscheins aufzunehmen sind (§ 18 Absatz 7). Verlorene Wahlscheine werden künftig daher wie nicht zugegangene Wahlscheine behandelt.

Zu Nr. 8 (§ 22 KWO)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nr. 1. Da bereits in § 9 auf die Hessische Gemeindeordnung und die Hessische Landkreisordnung in der jeweiligen Fassung der Bekanntmachung und den jeweiligen Änderungsstand Bezug genommen wird, entfällt dies in § 22.

Zu Nr. 9 (§ 23 KWO)

Der Zusatz „Frau“ oder „Herr“ bei den Bewerberangaben in Wahlvorschlägen wird gestrichen, da nach §§ 22, 45b Personenstandsgesetz die Angabe zum Geschlecht auch offengelassen oder „divers“ eingetragen werden kann und es hier keine entsprechende Anrede gibt. Die vergleichbaren Vorschriften in § 28 LWO und § 34 BWO sehen ebenfalls keine Geschlechterangabe bzw. Anrede vor. Daher dient die Änderung auch der Harmonisierung mit dem Landtags- und Bundeswahlrecht.

Durch Buchst. b) wird § 23 an die Änderungen des § 16 KWG angepasst. Zum einen wird der bisherige § 16 Abs. 2 Satz 3 KWG künftig zu § 16 Abs. 2 Satz 4 KWG, sodass der Verweis in § 23 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 zu ändern war. Zudem sind die Angaben des eingetragenen Ordens- oder Künstlernamens nicht mehr Teils des Katalogs des § 16 Abs. 2 KWG, wonach die Aufnahme der Angabe auf dem Stimmzettel von einem Beschluss der jeweiligen Vertretungskörperschaft abhängig war. Die Aufnahme des eingetragenen Ordens- oder Künstlernamens ist nunmehr von Willen des Bewerbers abhängig, § 16 Abs. 2 Satz 3 KWG. Da die Angabe des eingetragenen Ordens- oder Künstlernamens nicht mehr zwingend auf dem Stimmzettel aufgenommen wird, muss diese künftig auch nicht mehr zwingend Inhalt eines Wahlvorschlages nach § 23 KWO sein.

Durch Buchst. c) wird eine Änderung in § 34 BWO übernommen, wonach die Angaben der Vertrauensperson auch Telefonnummer und E-Mail-Adresse enthalten sollen, um die direkte Kommunikation zu erleichtern.

Zu Nr. 10 (§ 25 KWO)

Die Änderung dient der Angleichung und Harmonisierung mit § 33 Abs. 2 Satz 3 BWO, wonach bei Verwechslungsgefahr nicht nur einem, sondern mehreren Wahlvorschlägen eine Unterscheidungsbezeichnung beigelegt werden kann. Die Änderung entspricht wahlpraktischen Bedürfnissen und Erfahrungen.

Zu Nr. 11 (§ 26 KWO)

Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Wahlvorschläge wird nicht mehr die Anschrift der Bewerberinnen und Bewerber, sondern nur noch deren Wohnort (Hauptwohnung) angegeben.

Eine Veröffentlichung der privaten Anschriften von Bewerberinnen und Bewerbern erscheint nicht mehr zeitgemäß und erforderlich. Hintergrund der bisherigen Regelungen einer öffentlichen Bekanntmachung der privaten Anschrift war, den Wahlberechtigten zu ermöglichen, die Bewerberinnen und Bewerber vor einer Wahl zu kontaktieren und sich über Person und politisches Programm zu informieren. Jedoch ist die Bekanntmachung der privaten Wohnanschrift heutzutage für eine Kontaktaufnahme nicht mehr erforderlich, da sowohl Parteien und Wählergruppen als auch interessierte Wahlberechtigte für Wahlwerbung, Information und Kommunikation im Wesentlichen Internetauftritte, E-Mail und social-media-Kanäle nutzen; im Übrigen existieren postalische Adressen von Wahlkreisbüros und Geschäftsstellen. Zugleich ist eine gesell-

schaftliche Entwicklung zu verzeichnen, in der sich persönliche Bedrohungslagen für Politikerinnen und Politiker zunehmend vergrößern und persönliche Daten wie Wohnanschriften für sachfremde Zwecke missbraucht werden.

Die vorgesehene Änderung entspricht auch einem Trend in anderen Bundesländern und auf Bundesebene, der zunehmend dahingeht, die Privatadressen von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern nicht mehr öffentlich bekanntzumachen. Insoweit handelt es sich bei der Änderung auch um eine Harmonisierung mit § 38 Satz 4 BWO.

Wird eine melderechtliche Auskunftssperre nachgewiesen, wird statt des Wohnortes der Ort der Erreichbarkeitsanschrift angegeben.

Zu Nr. 12 (§ 27 KWO)

Die Änderung dient der Harmonisierung mit der Vorschrift des § 45 Abs. 2 BWO und erleichtert die Verwendung von Stimmzettelschablonen für Menschen mit Sehbehinderungen.

Zu Nr. 13 (54 KWO)

Zur Wahrung der Öffentlichkeit der Wahl auch während einer eventuellen Nachzählung von Stimmzetteln durch den Wahlleiter bei der Ermittlung des endgültigen Wahlergebnisses wird entsprechend § 76 BWO eine Bekanntmachung der Nachzählung durch Aushang vorgesehen.

Wegen der Streichung des Zusatzes „Frau“ oder „Herr“ in § 54 Abs. 2 Satz 2 Nr. 7 wird auf die Begründung zu Nr. 7 verwiesen.

Zu Nr. 14 (§ 55 KWO)

Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur des Verweises auf § 54 Abs. 2 Satz 2.

Zu Nr. 15 (§ 59 KWO)

Die Änderung des § 59 entspricht -unter Berücksichtigung der kommunalwahlrechtlichen Besonderheiten- den Änderungen in § 83 BWO. Im Falle einer Wiederholungswahl sind rein formale Änderungen bei den Wahlvorschlägen entsprechend des neuen Katalogs des § 59 Abs. 4 möglich. Die Regelung befördert die Transparenz und dient der Klarheit bei der Stimmabgabe. Eine Beschlussfassung durch den Wahlausschuss über die Änderungen der Wahlvorschläge dient ebenfalls der Transparenz und der Verfahrenssicherung.

Zu Nr. 16 (§ 88 KWO)

Es handelt es sich um eine Anpassung an die Änderung in § 58 KWG. Die Briefwahl ist nach § 58 KWG nunmehr unabhängig von einer Regelung in der Hauptsatzung der Gemeinde statthaft. Durch die gesetzliche Änderung in § 58 KWG ist der § 88 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 gegenstandslos geworden und wird daher gestrichen.

Zu Nr. 17 (§ 108 KWO)

Es handelt sich um eine Änderung zur Harmonisierung mit § 45 Abs. 4 Satz 2 BWO. Bei der gleichzeitigen Durchführung von Direktwahlen und Bürgerentscheiden mit Bundestagswahlen

und für den Fall der Mitbenutzung der Wahlbriefumschläge der Bundestagswahl findet die Vorschrift des § 95 Abs. 3 Nr. 5 keine Anwendung.

Durch die Verweisung des § 108 in den § 92 finden die Vorschriften des § 92 bis § 106 entsprechende Anwendung. § 95 Abs. 3 Nr. 5 regelt, dass in der gemeinsamen Wahlbekanntmachung darauf hinzuweisen ist, dass für die Teilnahme an der Landtagswahl (hier nach entsprechender Anwendung: Bundestagswahl) und an der Direktwahl oder dem Bürgerentscheid durch Briefwahl jeweils eigene Wahlbriefe abzusenden sind. Dieser Hinweise soll jedoch nicht ergehen, wenn die Gemeinde sich dazu entschieden hat, dass sie Wahlbriefumschläge der Bundestagswahl gem. § 45 Abs. 4 Satz 2 BWO mitbenutzt.

Die Vorschrift des § 95 Abs. 3 Nr. 5 wird nicht gestrichen, da weiter ein Anwendungsbereich besteht, da einerseits eine entsprechende Vorschrift in der Landeswahlordnung bisher nicht besteht und die Mitbenutzung der Wahlbriefumschläge fakultativ ist.

Zu Nr. 18 (§ 109 KWO)

Es handelt sich um eine Änderung zur Harmonisierung mit § 38 Abs. 4 Satz 2 EuWO. Bei der gleichzeitigen Durchführung von Direktwahlen und Bürgerentscheiden mit Europawahlen und für den Fall der Mitbenutzung der Wahlbriefumschläge der Europawahl findet die Vorschrift des § 95 Abs. 3 Nr. 5 keine Anwendung. Die Erläuterungen zu Nr. 14 gelten hier entsprechend.

Zu Nr. 19 (§ 110a KWO)

Es handelt sich um eine Änderung zur Harmonisierung mit § 85 BWO. Die Änderung der Vorschrift in der BWO ist in Reaktion auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 20. Oktober 2022 (Az. C-306/21) vorgenommen worden. Die dort gegenständlichen Normen des Bundesdatenschutzgesetzes sind inhaltlich deckungsgleich mit denen des Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes. Daher war auch eine Anpassung des § 110a notwendig. In seinem Urteil vom 20. Oktober 2022 (Az. C-306/21) entschied der EuGH, dass Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a der Datenschutz-Grundverordnung dahingehend auszulegen ist, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Durchführung von Wahlen in einem Mitgliedstaat in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fällt. In der Folge ist die Datenschutz-Grundverordnung auf jede Verarbeitung personenbezogener Daten anwendbar, die für die Durchführung von Wahlen erforderlich ist. Die Kommunalwahlordnung ist daher mit Blick auf die Anwendbarkeit der Datenschutz-Grundverordnung anzupassen.

Der § 110a Abs. 5 entspricht der neuen Fassung des § 85 Abs. 5 BWO. Die Beschränkungen des § 110a Abs. 1 bis 4 sollen nicht durch Antragstellung bei einem anderen Wahlorgan im Sinne des § 4 Abs. 1 KWG umgangen werden.

Zu Nr. 20 (§ 114)

Zu Vermeidung eines möglichen Missbrauchs entfällt die Vorgabe, die Vordruckmuster im Internet zu veröffentlichen. Das betrifft insbesondere Vordruckmuster, die nur von den Wahlbehörden zu verwenden sind und diesen unmittelbar zur Verfügung gestellt werden.

Zu Art. 2 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten der Verordnung. Ein zeitlich aufgeschobenes Inkrafttreten kommt mit Blick auf die Änderungen im Kommunalwahlgesetz nicht in Betracht. Zudem müssen sich die Wahlbehörden und Wahlvorschlagsträger rechtzeitig vor den im März 2026 anstehenden allgemeinen Kommunalwahlen auf die Rechtsänderungen einstellen können.

